

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 10 / 2017

21. Dezember 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Ein Jahr intensiver kommunalpolitischer Diskussionen geht zu Ende.
Am gestrigen Mittwoch fand die letzte Stadtverordnetenversammlung
des Jahres 2017 statt.

Über die Inhalte der gestrigen Sitzung, unsere Beiträge und Positionen
möchte die SPD-Fraktion mit diesem Newsletter informieren.

Ich lade Sie/ euch ein, sich ein Bild von unserer Arbeit in der Stadtverord-
netenversammlung zu machen und mit uns ins Gespräch zu kommen.

Ihre/ Eure
Britta Kornmesser



Daniel Keip

Bei der Haushaltskonsolidierung sind wichtige Etappen erreicht.



Der Bericht zum Haushaltsvollzug am gestrigen Abend stimmt hoffnungsvoll. Mit einem Haushaltsüberschuss von fast 13 Millionen Euro könnte das Jahr 2017 zu Ende gehen. Statt der geplanten 1,3 Millionen hat die Stadt durch sparsame Mittelvergabe, durch steigende Zuweisungen und vor allem durch Gewerbesteuermehrereinnahmen ihren eigenen Plan um

11,6 Millionen Euro verbessert. Das ist ein gutes Zeichen. Nach Jahren der Haushaltsnotlagen kann so weiter am Abbau der Schulden der Stadt gearbeitet werden und dringend notwendigen Investitionen dennoch erfolgen. Der Konsolidierungsweg ist dabei weiter zu gehen. Denn nur eine schuldenfreie Stadt, die auch ohne Haushaltssicherungskonzept auskommen kann, versetzt sich selbst in die Lage wieder aktiv zu investieren. Die Gefahr sich dabei zu übernehmen, besteht für eine finanzielle gut aufgestellte Stadt dann nicht mehr so stark.

Dass wir den Doppelhaushalt für 2017/2018 mit einem Haushaltssicherungskonzept begleiten mussten, hat vor allem mit den Altschulden zu tun. Denn auch wenn wir ohne neue Schuldenaufnahme auskommen und die Altschulden in den letzten Jahren reduziert werden konnten, zeigen sie dass die Stadt im Finanzbereich strukturelle Probleme hatte und hat. Über die Ursachenfrage wird auch in der SVV gerungen. Dabei scheint es zwar der angenehmste Weg zu sein, auf die Unterfinanzierung durch das Land zu verweisen, das ist aber nicht immer richtig. Klar ist aber, dass in der Vergangenheit Aufgaben von Bund und dem Land an die Kommune übertragen wurden, ohne dass die Stadt in die Lage versetzt worden wäre, die Aufgabe auch kostenneutral zu bewältigen. Aber auch eigene Fehler und eine komplizierte Sozialstruktur in der Stadt bringen Herausforderungen mit sich, die Auswirkungen auf den Haushalt haben.

Trotz der jetzt vorgelegten guten Zahlen, hat die Stadt noch einige offene Punkte im Haushaltsbereich. Solange zum Beispiel die Jahresabschlüsse für 2011,2012,2013,2014,2015 und 2016 nicht aufgestellt, geprüft und beschlossen sind, fährt die Stadt finanzpolitisch im Nebel. Das war bereits bei den Haushalten 2015 und 2016 ein Grund für das Innenministerium die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes zu versagen. Für Frankfurt (Oder) ist die Versagung vor einigen Tagen aus den gleichen Gründen ausgesprochen worden. So steht zu befürchten, dass trotz der guten Haushaltsentwicklung und dem erkennbaren Ziel die Altschulden abzubauen, eine Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes nicht erfolgt. Es wird für die beteiligten Ämter und die Stadtverordnetenversammlung deshalb eine wichtige Aufgabe sein, die Jahresabschlüsse voran zu bringen und damit die wichtigen Bausteine zur Beurteilung der finanziellen Situation der Stadt hinzu zu gewinnen.

Britta Kornmesser

Bekanntnis zur eigenen Verantwortung – Gutes Haushaltsergebnis ermöglicht Kürzung des Kassenkreditrahmes um 20 Mio €



Die Fraktion Bündnis 90/Grüne – Pro Kirchmöser hatte einen Antrag eingebracht, wonach der Höchstbetrag des Kassenkredites unserer Stadt von derzeit 190 Mio € auf 170 Mio € reduziert werden soll. Dieser Antrag wurde mehrheitlich, auch mit den Stimmen der SPD angenommen.

Der Kassenkredit ist vergleichbar mit einem Dispokredit bei Girokonten von Privatpersonen. Die Schulden unserer Stadt und die Schwierigkeiten Zahlungen an bestimmten Stichtagen zu erledigen waren in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Aus diesem Grund musste regelmäßig der erforderliche Kreditrahmen durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (SVV) erhöht werden. So musste auf Grund der prekären Finanzsituation im Jahr 2014 zur Liquiditätssicherung der Stadt der Beschluss 273/2014 gefasst werden, wonach der Kassenkreditrahmen auf 190 Mio hochgesetzt wurde.

Aktuell ist insbesondere durch Steuermehreinnahmen und verringerte Ausgaben eine Verbesserung der Haushaltslage unserer Stadt zu verzeichnen. Der prognostizierte Überschuss für das Jahr 2017 beträgt ca. 13 Mio €. Die Aufnahme weiterer Schulden ist daher nicht erforderlich. Vorhandene Schulden können sogar abgetragen werden. Daher wird der Liquiditätsbedarf für das Jahr 2018 von der Kämmerei nur noch mit 140 bis 150 Mio € eingeschätzt (kann jedoch stichtagbezogen auch etwas höher oder niedriger liegen).

Aufgrund der eingetretenen positiven Finanzlage unserer Stadt, die sich hoffentlich auch im folgenden Jahr fortsetzen wird, war der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne – Pro Kirchmöser den Kasenkreditrahmen um 20 Mio € zu reduzieren nur folgerichtig. Hieraus ergibt sich auch ein klares Signal an das Land Brandenburg und die Kommunalsaufsicht, dass sich die Finanzlage unserer Stadt wesentlich verbessert hat und ein Schuldenabbau weiter geht.

Carsten Eichmüller

Die schwächsten Verkehrsteilnehmer wirksam schützen.



Nachdem in der Vergangenheit wiederholt auf die Verkehrsgefährdung vor Kindertagesstätten, Krankenhäusern und Altenheimen hingewiesen wurde, hatte sich am gestrigen Abend auch die SVV mit der Frage zu beschäftigen. Einig waren sich alle Stadtverordneten, dass wirksame Maßnahmen ergriffen werden sollten, um besonders die schwächsten Verkehrsteilnehmer zu schützen.

Durch die Novelle der Straßenverkehrsordnung ist seit Mai 2017 auch die Rechtsgrundlage dafür gegeben. So ist zukünftig grundsätzlich vor solchen Einrichtungen eine Tempo 30 Zone einzurichten. Diese geänderte Rechtslage, also das 30 km/h die Regel vor schutzwürdigen Einrichtungen und 50 km/h die Ausnahme ist, setzt die Verwaltung derzeit um. Dabei ist für jeden Standort zu prüfen, ob es Gründe gibt, warum auf die Ausweisung einer Tempo-30-Zone verzichtet werden muss. In Brandenburg an der Havel betrifft es nur noch 4 Kindereinrichtungen, vor denen die Regelgeschwindigkeit 50 km/h beträgt. Auch an diesen Stellen - wie beispielsweise in der Königsmarckstraße in Plaue - wäre eine Reduzierung des Tempos sinnvoll. Dafür haben sich die Stadtverordneten aus Plaue in Kirchmöser lange stark gemacht. In einem gemeinsam in der SVV erarbeiteten Antrag hat sich die Stadtverordnetenversammlung gestern dafür entschieden, die Einschätzungen der Verwaltungen abzuwarten und in einem zweiten Schritt die konkreten Probleme vor Ort zu thematisieren.

Gleichzeitig haben wir die Verwaltung aufgefordert besondere Hinweisschilder, Tafeln oder Säulen aufstellen zu lassen, die die Ausweisung von Tempo 30 besonders deutlich machen und auch auf die Gefahren für Kinder hinweisen. Derartige Säulen gibt es bereits einige im Landkreis Potsdam-Mittelmark, sodass den meisten Autofahrern Sinn und Bedeutung längst bekannt sein dürfte. Wir freuen uns über den Kompromiss, der letztlich allen Verkehrsteilnehmern hilft.

Udo Geiseler Solidarität ist kein leeres Wort.



Es ist Weihnachten. Viele Menschen helfen gerade jetzt, dass es auch den Schwachen an Weihnachten gut geht. Von der vielen Hilfe können wir jeden Tag in den Zeitungen auch hier in Brandenburg an der Havel lesen. Solidarität ist eben doch kein leeres Wort. Es gibt sie mehr in unserer Gesellschaft als wir manchmal denken.

Wir danken allen, die helfen.

Und wir, die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung reihen uns ein. Mit unserem traditionellen Weihnachtsessen im Obdachlosenheim der Evangelischen Abhängigenhilfe und gestern mit unserer Spende für den Tafel e.V. in Brandenburg.

Zugegeben, nur ein "Tropfen auf den heißen Stein". Mit SPD-Mehrheit in der Stadt Brandenburg und in der Bundesrepublik könnte man das Land sicher gerechter gestalten.

Mit unseren Spenden wollen wir trotzdem helfen. Zusammen mit vielen anderen. Und nehmen wir den Solidaritätsgedanken einfach mit ins neue Jahr. Dann ist allen noch mehr geholfen.



In diesem Sinne ein frohes, ruhiges und gesegnetes Weihnachtsfest allen Freundinnen und

Freunden, Leserinnen und Lesern unseres Newsletters.

Und ein frohes, gesundes und solidarisches 2018.

Ihre SPD -Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel.